

01.05.2011 – PM 36/2011

Mai-Kundgebung in Hamburg

IG BAU warnt vor Missbrauch der EU-Freizügigkeit

Hamburg – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt vor Missbrauch der neuen EU-Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit durch Arbeitgeber. „Wir werden erleben, dass sie versuchen, Leiharbeiter aus Osteuropa zu Dumpinglöhnen zu beschäftigen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus WieseHügel auf der DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Hamburg. Die IG BAU befürchtet, dass Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Staaten mit Niedrigstlöhnen unter fünf Euro abgespeist werden. Die Gewerkschaft will die neuen Beschäftigten deshalb möglichst direkt nach ihrer Ankunft organisieren. WieseHügel rief die Arbeitnehmer auf, die neuen Kollegen darüber zu informieren, „wie ihre Rechte und ihre Einkommen bei uns gestaltet sind.“ Sollte es nicht gelingen, Lohndumping beim grenzüberschreitenden Einsatz von Entsendekräften und Leiharbeitern zu verhindern, drohe eine massive Ausweitung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse in Deutschland. „Wir müssen mit ihnen gemeinsam dafür kämpfen, dass das hiesige Heer der inzwischen zehn Millionen prekär Beschäftigten durch sie nicht noch größer wird“, betonte der IG BAU-Bundesvorsitzende.

WieseHügel forderte in diesem Zusammenhang, die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, wie er in den meisten der Nachbarländer längst gilt. Zudem müssten die Kontrollen bei den Arbeitgebern wirksamer werden als bisher, um zu garantieren, dass die hiesigen Mindestarbeitsbedingungen eingehalten werden. Gleichzeitig beschwor WieseHügel die Solidarität der Arbeiterschaft über die Grenzen Deutschlands hinaus. Angesichts der vielen Vorgaben aus Brüssel plädierte er für eine andere Europapolitik, die endlich Schluss macht mit der Vorfahrt für Unternehmerfreiheiten gegenüber den sozialen Rechten. „Dafür müssen wir mit allen unseren Kolleginnen und Kollegen in Europa kämpfen“, so WieseHügel.

Scharf griff er die Politik der Bundesregierung wegen ihres sturen Festhaltens an der Rente mit 67 an. Zuerst werde bei der Arbeitslosenstatistik manipuliert, so dass es danach aussieht, als würden mehr Ältere einen Job haben. „Mit diesem getricksten Rückgang der älteren Arbeitslosen begründet man dann, dass die Rente mit 67 funktionieren könnte“, kritisierte Wiesehügel. „Die sogenannte Prüfung war ein Betrug“, sagte er. „Denn das Ergebnis stand schon vorher fest.“ Es gebe weder genug Jobs für ältere Beschäftigte noch könnten wegen der körperlichen Belastungen Arbeitnehmer in vielen Berufen bis 67 durcharbeiten. Dennoch drücke die Regierung die Rente mit 67 durch, ohne Rücksicht auf die dadurch steigende Zahl der Altersarmen. „Die Rente mit 67 ist nichts als ein gigantisches Renten Kürzungsprogramm“, stellte der IG BAU-Bundesvorsitzende fest. „Das Ganze ist eine Riesensauerei.“ Wiesehügel forderte eine Rentenversicherung, in die jeder aus allen Einkunftsarten einzahlt, die eine menschenwürdige Mindestrente beinhaltet und die es auch kranken Menschen erlaubt, ohne Abzüge vorzeitig in Rente zu gehen.

(2947 Zeichen)

Für Medienvertreter ist unser Ansprechpartner vor Ort: Ruprecht Hammerschmidt, Pressesprecher der IG BAU, Telefon: 0171 5316 472